GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Nordafrikas Revolutionen: Eine Chance für mehr Geschlechtergerechtigkeit? Das Beispiel Tunesien

Scheiterbauer, Tanja

2011

https://doi.org/10.25595/3264

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Scheiterbauer, Tanja: *Nordafrikas Revolutionen: Eine Chance für mehr Geschlechtergerechtigkeit? Das Beispiel Tunesien*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 20 (2011) Nr: 1, 131–135. DOI: https://doi.org/10.25595/3264.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

bleibt eine Aufforderung zu alltäglichem Widerstand gegen Diskriminierung, Sexismus, Rassismus und Patriarchalismus und eine Aufforderung zum Engagement für Gleichheit, Demokratie und Selbstbestimmung, in praktischer Solidarität vor Ort und international.

Literatur

Hervé, Florence (Hg.): Clara Zetkin oder: „Dort kämpfen, wo das Leben ist", Berlin.

Scholze, Siegfried, 2001: Der Internationale Frauentag einst und heute. Geschichtlicher Abriss und weltweite Tradition vom Entstehen bis zur Gegenwart. Berlin.

Stuckmann, Dagmar, 2011: „Gebt Raum den Frauen". 100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen 1910-2010, Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

Wurms, Renate, 1983: Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht. Der Internationale Frauentag. Zur Geschichte des 8. März. Frankfurt/M.

Wurms, Renate, 2006: Stichwort „Internationaler Frauentag". In: Hervé, Florence/Wurms, Renate (Hg.): Das Weiberlexikon. Köln.

Nordafrikas Revolutionen: Eine Chance für mehr Geschlechtergerechtigkeit? Das Beispiel Tunesien

TANJA SCHEITERBAUER

Bereits 2005 sprach der deutsche Islamwissenschaftler Volker Perthes von einer geopolitischen Revolution, vor der die Länder des Nahen und Mittleren Osten stünden (Perthes 2006, 8). Dass diese Revolutionen – getragen vor allem von der tunesischen und ägyptischen Jugend – dann tatsächlich sechs Jahre später zwei Regime zu Fall bringen würden, hatte zu diesem Zeitpunkt niemand für möglich gehalten. Perthes beobachtete eine spürbare „Unruhe", die v.a. die Irak-Invasion der USA ausgelöst hätte. Infolge des Irakkrieges und der internationalen Forderungen nach Reformen seien die Stimmen der Kritik an den inneren Verhältnissen zunehmend lauter geworden (ebd., 9). Auch wenn in den derzeitigen Pressekommentaren die verzweifelten Selbstverbrennungen von Männern als Hauptursache für die massenhaften Proteste zitiert werden, so werden die Revolutionen sicherlich erst im Lichte dieser längeren Entwicklungen erklär- und analysierbar.

Binnen weniger Wochen ist es den TunesierInnen bzw. ÄgypterInnen gelungen, zwei autoritäre Machthaber – Zine el Abidine Ben Ali und Hosni Mubarak – zu stürzen, die in ihren jeweiligen Ländern Milliardenbeträge veruntreut haben. Durch die beiden kurz aufeinander folgenden Revolutionen ist aber nicht nur die illegitime Herrschaft dieser Regime und die scheinbar unlimitierte Bereicherung der politischen

Elite ans Licht der internationalen Öffentlichkeit gebracht worden. Deutlicher als üblich wird momentan die finanzielle und militärische Verstrickung der EU und der USA mit den autokratischen Machthabern thematisiert und skandalisiert.[1]
In Tunesien wurde das politische System von einer sehr kleinen, nicht demokratisch legitimierten Gruppe gelenkt, deren Technokratie in Korruption verstrickt war. Außerdem war die Presse weitgehend gleichgeschaltet und bei den als „Wahlen" deklarierten Urnengängen wurde der kaum organisierbaren tunesischen Opposition jeglicher Spielraum verwehrt. Da Tunesien darüber hinaus in der gesamten Region zu den autoritärsten und am stärksten abgeschotteten Regimen zählte, wird die Re-Etablierung einer politischen Gesellschaft, die in der Lage ist, ein demokratisches System aufzustellen, sicher nicht leicht werden. In der Regimepartei des gestürzten Staatspräsidenten, dem Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD), werden die alten Kader versuchen, die Macht in Händen zu behalten. Funktionäre des RCD besetzen nicht nur weiterhin die Schlüsselpositionen in der Verwaltung, Wirtschaft oder Kultur. Unter der Regierung Ben Alis kontrollierten sie das engmaschige Überwachungsnetz im ganzen Land und waren die Schaltstellen, um wichtige Klientelgruppen zu bedienen. Auch die starke Präsenz von RCD-Mitgliedern in der ersten Übergangsregierung konnte nur durch massiven Druck der Bevölkerung verhindert werden. Erst mit der Umbildung zur zweiten Übergangsregierung wurden in erster Linie ExpertenInnen und OppositionspolitikerInnen in die Ministerämter berufen – darunter drei Frauen.
Für die Frauen- und Gleichstellungspolitik wird es sowohl in Ägypten als auch in Tunesien von großer Relevanz sein, wie islamistische Parteien und Bewegungen in diesen Reformprozess und in das zukünftige politische System eingebunden werden können. Indem sich die beiden Länder als Bollwerke gegen den Islamismus generierten, machten sie sich in Europa und in den USA Verbündete, die ihnen den Rücken stärkten.[2] In beiden Ländern diente der Islamismus und dessen repressive Unterdrückung gleichzeitig zur Knebelung und Ausschaltung anderer Teile der Opposition.

Die Trennung von Religion und Politik als Schlüssel geschlechtergerechter Politiken?

Kurz bevor der lange Jahre im Exil lebende Führer der tunesischen islamistischen Ennahda-Bewegung Rachid Ghannouchi am 29. Januar 2011 nach Tunis zurückkehrte, demonstrierten viele tausende Frauen in der Hauptstadt für Demokratie, für Gleichheit und Gerechtigkeit, um sichtbar zu machen, dass sie Teil der Revolution sind. Anlässlich dieses „Marsches der Frauen für Staatsbürgerschaft und Gleichheit" wurden folgende Forderungen über das Internet veröffentlicht und von tunesischen Frauen signiert:

> „Als tunesische Frauen möchten wir unseren Stolz über diese Revolution ausdrücken, an der alle Menschen in Tunesien teilhatten, und unsere Entschlossenheit, dass wir auf (er-

> zielte) Errungenschaften nicht verzichten werden. (...) Wir erachten es als unerlässlich, dass sich zukünftige Reformen der Trennung von Politik und Religion verschreiben und die Rechtsgleichheit aller Tunesier und Tunesierinnen garantieren, um ein emanzipiertes politisches und soziales Leben möglich zu machen. Die momentane politische Lage ist instabil und Verhandlungen sind auf dem Weg, um alle politischen Parteien anzuerkennen, die dies einfordern. Deshalb drücken wir hiermit unsere Vorbehalte gegenüber Bemühungen aus, die die Integration von religiösen und totalitären Bewegungen anstreben, solange eine Verfassungsreform nicht vollendet ist, die die Trennung von Politik und Religion garantiert. Wir fordern, dass die Verfassung unsere Rechte garantiert, weshalb sie folgende zwei Artikel beinhalten sollte, die für uns nicht verhandelbar sind: Zum einen die Trennung von Politik und Religion und zum anderen die Gleichheit von Männern und Frauen in allen Bereichen des sozialen Lebens(…).“[3]

In diesem Aufruf wird das Misstrauen und die Wachsamkeit tunesischer Frauenorganisationen gegenüber den Vereinnahmungen ihrer Belange und Forderungen von Seiten religiöser, aber auch nationalistischer gesellschaftlicher Kräfte deutlich. In der jüngsten tunesischen Geschichte dienten Reformen, die den rechtlichen Status von Frauen verbessern sollten, v.a. der Demonstration von Fortschrittlichkeit und Modernität des Regimes. Im Gegensatz zu den anderen arabisch geprägten Ländern des Nahen und Mittleren Osten und Nordafrikas gilt Tunesien in Bezug auf die rechtliche Stellung von Frauen als sehr progressiv. Der 1956 verabschiedete „Code du Status Personel“, CSP, jener Teil des tunesischen Rechts, der Familien-, Ehe-, Scheidungs- sowie Erbrecht reguliert, stellte zu diesem Zeitpunkt eine nahezu revolutionäre Neuinterpretation von islamischem Recht dar. Kurz nachdem das Land 1956 die Unabhängigkeit erlangt hat, wurde unter der maßgeblichen Führung des neuen Staatspräsidenten Bourguiba die Polygamie sowie das Recht des Ehemannes, seine Frau zu verstoßen, abgeschafft; Frauen erhielten hingegen das Recht, die Scheidung einzureichen. Es wurden Zugeständnisse gemacht, die das Sorgerecht der Frau für die Kinder betrafen und das Mindestheiratsalter für die Eheschließung wurde auf 17 Jahre angehoben. Weitere Verbesserungen des rechtlichen Status von Frauen folgten kurz danach.

Als einziges arabisches Land implementierte Tunesien damit weitgehende rechtliche Reformen, die den starken Widerspruch konservativer religiöser Kräfte hervorriefen. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass sich diese Reformen, wenn auch in einer sehr liberalen Interpretation, im Rahmen des islamischen Rechts bewegten und es bis heute für die Aushandlungen von Geschlechterpolitiken von Bedeutung ist, dass der CSP eben auf Grundlage von islamischem Recht kodifiziert wurde, während die übrigen Teile der tunesischen Gesetzgebung säkulares Recht darstellen.

Darüber hinaus kann diese Art der Implementierung von Frauenrechten „von oben“ – und ohne, dass kurz nach der Unabhängigkeit eine Frauenbewegung existierte, die sich für die Verbesserung der Rechte von Frauen einsetzte – kaum als ein vom Feminismus inspiriertes Staatsprojekt bezeichnet werden. Bourguiba ebenso wie sein Nachfolger Ben Ali verschränkten die „Frauenfrage“ mit der Durchsetzung ihrer jeweiligen nationalistischen Staatsprojekte, die sich der gesellschaftlichen und ökonomischen Modernisierung des tunesischen Nationalstaats verschrieben hatten.

Islamisches Recht und die Modernisierung der Geschlechterverhältnisse *à la tunesienne*

Die Soziologin Mounira Charrad (1997) hat ausführlich gezeigt, wie die Propagierung einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik von Bourguiba und Ben Ali nicht nur dazu benutzt wurde, in Europa und in den USA Verbündete für ihre Modernisierungspolitiken zu gewinnen. Die Autorin argumentiert darüber hinaus, dass diese Reformen als wichtiger Bestandteil von Klientelpolitik begriffen werden müssen. Im Fall von Bourguiba, der sich als Repräsentant jener urban und modern orientierten gesellschaftlichen Kräfte generierte, ging es auch darum, traditionelle verwandtschaftliche Gemeinschaften („kin-based communities") sowie das religiöse Establishment zu schwächen, die ihre Autorität über patriarchale Organisationsformen bezogen. Die Reform des Familienrechts hatte somit zum Ziel, mögliche politische Gegner zu schwächen, indem das gesellschaftliche System Familie auf der Basis der modernen Idee der Kernfamilie rekonstruiert und traditionelle Klan-Strukturen aufgebrochen wurden.

Dass es bei den Reformen nicht primär um die Emanzipation von Frauen ging, zeigen nicht nur die weiterhin bestehenden rechtlichen Diskriminierungen von Frauen, die auch nach der Machtübernahme von Ben Ali 1987 und seinen weiteren Reformen Anfang der 1990er Jahre bestehen blieben. So gilt z.B. der Ehemann bis heute als Oberhaupt der Familie. Nach Artikel 23 des CSP ist die Frau ihrem Ehemann gegenüber zum Gehorsam verpflichtet. Auch im Erbrecht oder im Sorgerecht sind Frauen weiterhin benachteiligt.

Was aber sehr viel schwerwiegender für die zukünftige Ausrichtung von Geschlechterpolitik sein wird, ist die Tatsache, dass keiner der beiden Staatspräsidenten gewillt war, den CSP aus dem normativen Rahmen des islamischen Rechts herauszulösen. So ist trotz aller Fortschritts- und Emanzipationsrhetorik religiöses Recht normative Grundlage des CSP, während andere Bereiche des tunesischen Rechts wie das Handels- oder das Vertragsrechts oder die Tatsache, dass Tunesien über eine Verfassung verfügt, auf säkularem Rechtsdenken beruhen. Wie in den meisten Staaten des Nahen und Mittleren Osten und Nordafrikas, aber auch in Indien, ist diese duale Konstruktion partiell Erbe des Kolonialismus: Während sämtliche Teile der während der Kolonialzeit implementierten Gesetzgebung entweder dem britischen oder dem französischen Recht entnommen und den nationalen Umständen mehr oder weniger angeglichen wurden, beließen die Kolonialmächte das Familienrecht, Scheidungs- und Erbrecht der „kulturellen Selbstbestimmung" und unterstellten dieses damit religiösem Recht (vgl. u.a. Charrad 1997, 289).

Auch in der Phase des Nation-Buildings wird islamisches Recht zwar reformiert und modernisiert, um – wie oben dargestellt – traditionelle Klientelstrukturen aufzubrechen und Frauen in das neu geschaffene nationale Kollektiv als moderne Staatsbürgerinnen formal zu integrieren. Gleichzeitig wird die Regulierung der Geschlechterverhältnisse vom neuen tunesischen Regime als Frage der kulturellen Identität verhandelt, weshalb die Geltung des islamischen Rechts in diesem Bereich aufrecht erhalten blieb.[4]

Der oben zitierte Aufruf tunesischer Frauenorganisationen ist insofern als radikal zu verstehen, weil er die Verquickung von Politik und Religion im Bereich des CSP sowie dessen normative Grundlage, nämlich das islamische Recht, in Frage stellt. Als GegnerInnen ihrer Forderungen werden ihnen nicht nur islamistische Bewegungen und Parteien gegenüber treten, sondern eben auch jene nationalistisch-progressiven Kräfte, die in der Vergangenheit Geschlechterdemokratie meist mit der Frage der modernen nationalen Identität verschränkt haben.

Anmerkungen

1 Hier gehen die Berichte von den Milliarden an Militärhilfe, die Mubarak jährlich von den USA bekam, bis zu den Reisen des französischen Staatspräsidenten Nikolas Sarkozy und seiner Außenministerin Alliot Marie, die die Gastfreundschaft von Mubarak sowie der Familie von Ben Ali allzu gern in Anspruch genommen haben.

2 Mubarak galt zudem als Garant für die Sicherheit Israels und als Vermittler im Nahost-Friedensprozess. Derselbe Mubarak schürte jedoch auch gezielt Antizionismus und Antisemitismus in seinem Land, wenn es innenpolitisch opportun erschien.

3 Die Übersetzung stammt von der Autorin. Der Aufruf im französischen Original ist zu finden unter http://collectifdroitsdesfemmes.org/spip.php?page=article&id_article=282 (Datum)

4 Die Verschränkung der Frauenfrage mit der Frage der nationalen Identität ist ein in der feministischen Theorie viel beschriebener Prozess, der nicht nur in Tunesien zu beobachten ist (vgl. u.a. Kandiyoti 1991). In der progressiven Art und Weise der Durchsetzung von Frauenrechten zeigt Tunesien z.B. sehr viele Parallelen mit der Türkei auf, mit dem immens wichtigen Unterschied, dass in der Türkei die Gültigkeit des islamischen Rechts vollkommen aufgehoben wurde.

Literatur

Charrad, Mounira, 1997: Policy Shifts: State Islam, and Gender in Tunesia, 1930s-1990s. In: Social Politics. 4 (2), 284-319.

Perthes, Volker, 2006: Orientalische Promenaden. Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch. München.

Kandiyoti, Deniz, 1991: Women, Islam, and the State. Philadelphia.

Die Debatte über Abtreibungsrechte während der Präsidentschaftswahlen in Brasilien – Positionen der KandidatInnen und Reaktionen der Zivilgesellschaft

ANTJE DANIEL. PATRICIA GRAF

Nach den Präsidentschaftswahlen in Brasilien steht nun mit Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT), neben Laura Chinchilla in Costa